

Hochschulpolitische Informationen der Bundeskonferenz



Der Vorsitzende der Bundeskonferenz bei der Überreichung des Hochschulpolitischen Preises an Dr. Karl SANDNER

Bundesminister Tuppy im Gespräch mit den beiden Preisträgern Dr. Karl SANDNER und Dr. Hans R. GÖPFRICH



I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	SEITE
Zur Arbeit der Bundeskonferenz	3
Hochschulpolitischer Preis der Bundeskonferenz	
Mitbestimmung in der Hochschulpolitik v. H. Hofer-Zeni	4 - 5
Rationalisierung im Hochschulbereich durch BTX-unterstützte Administration von Massenlehrveranstaltungen v. H. R. Göpfrich	5 - 7
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten als Anbieter von Weiterbildungsveran- staltungen für Führungskräfte v. K. Sandner	8 - 9
Kurznachrichten	
UOG-Novelle Medizin seit 1.1.1989 in Kraft v. H. Wurm	10
EG-Programm SCIENCE	10 - 11
Bemerkungen	11
Neueste Meldung	11
Gastkommentar	12

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber und Hersteller:
Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen
Personals (Vorsitzender: Univ.-Doz.Dr.Herbert Hofer-Zeni)
Redaktion: Mag. Wolfgang Schnellinger
Layout: Brigitte Fallnbügl
alle: 1010 Wien, Schottengasse 1

Z U R A R B E I T D E R B U N D E S K O N F E R E N Z

An dieser Stelle des BUKO-Info habe ich in der letzten Nummer (3/88) davon berichtet, daß die Bundeskonferenz eine Hochschulreformkommission eingerichtet hat. Als Schwerpunktbereiche sollten Personalstruktur, Entwicklung der Selbstverwaltung der Universitäten und Studienreform behandelt werden. In der ersten Klausurtagung dieser Kommission wurden u.a. diese Bereiche innerhalb dreier Arbeitskreise und darauffolgend durch die gesamte Kommission diskutiert. Als Ergebnis wurde ein internes Diskussionspapier erarbeitet, das den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Bundeskonferenz sowie den Kuriensprechern mit der Bitte um Stellungnahme und Ergänzung übersandt wurde. Nach Überarbeitung des Entwurfes ist beabsichtigt, diesen in der nächsten Nummer des BUKO-Info in der Absicht zu veröffentlichen, den Mittelbauangehörigen die Möglichkeit zu Stellungnahmen zu geben, da sich auch innerhalb der Kommission zeigte, daß eine Auseinandersetzung mit diesen Problemen auf breiter Basis notwendig und sinnvoll ist.

Am 16. Dezember 1988 wurde erstmalig der "Hochschulpolitische Preis der Bundeskonferenz" vergeben. Von den ausgeschriebenen 3 Preisen a öS 10.000,- wurden zwei vergeben. Sie finden die Kurzfassungen der eingereichten Beiträge in dieser Nummer. Die Preisverleihung erfolgte in Anwesenheit von Herrn Bundesminister TUPPY, der in seiner Ansprache die Einrichtung eines derartigen Preises sehr begrüßte. Die Gründe und Motive für die Bundeskonferenz diesen Preis einzurichten, habe ich in meiner Eröffnungsrede anlässlich der Preisverleihung dargelegt - auch diesen Beitrag finden Sie in dieser Nummer.

Aufgrund der Erfahrungen, die bei dieser ersten Preisverleihung gemacht wurden, hat sich das Plenum der Bundeskonferenz entschlossen, den Preis auch für 1989 wieder auszuschreiben. Die anlässlich der ersten Ausschreibung an die Bundeskonferenz herangetragenen Vorschläge zu den Ausschreibungsmodalitäten wurden in der Plenarsitzung am 27.1.1989 und im Präsidium der Bundeskonferenz eingehend diskutiert.

In der nächsten Nummer des BUKO-Info wird der Ausschreibungstext für 1989 veröffentlicht werden.

Ich darf Sie jetzt schon ersuchen, sich zu überlegen, ob nicht auch Sie einen Beitrag für diesen Preis einreichen möchten. Ich bin davon überzeugt, daß es für die Zukunft unserer Universitäten und Hochschulen wichtiger denn je ist, sich aktiv mit ihren Problemen auseinanderzusetzen. Und wer ist berufener als der Mittelbau, Vorschläge für die Zukunft unserer Hohen Schulen einzubringen.

Eine neue Rubrik ist in dieser Nummer erstmalig zu finden:

- Gastkommentar -

Für die Premiere ist es uns gelungen, Frau Dr. Anneliese ROHRER, Leiterin des Ressorts Innenpolitik der Tageszeitung "Die Presse" zu gewinnen.

In diesem Beitrag setzt sich die Autorin, wie von ihr nicht anders zu erwarten, mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Publizistik kritisch auseinander.

Bis zum nächsten Mal

Ihr H. Hofer-Zeni

HOCHSCHULPOLITISCHER PREIS DER BUNDESKONFERENZ

MITBESTIMMUNG IN DER HOCHSCHULPOLITIK

Referat anlässlich der 1. Verleihung des
Hochschulpolitischen Preises
der Bundeskonferenz

Univ.-Doz.Dr. Herbert HOFER-ZENI

Nur wenn wir die Universität (Hochschule) ständig gestalten und mitgestalten, leben wir wirklich in ihr und können uns mit ihr identifizieren. Ein Hochschullehrer muß daher hochschulpolitisch denken und wirken. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Steht ein hochschulpolitischer Preis nicht im Widerspruch zu dieser Selbstverständlichkeit? Ich glaube ja, dennoch habe ich mich um die Verwirklichung dieses Preises bemüht, weil es mir darum geht, über eine jährliche Veranstaltung diejenigen, die sich mit aktuellen hochschulpolitischen Themen befassen, zusammenzuführen, ihnen die Gemeinschaft zu vermitteln, in der sie sich befinden und in der sie wirken.

Warum schreibt nun eine Organisation des Mittelbaus einen hochschulpolitischen Preis aus? Ist Hochschulpolitik nicht Sache der Spitzenorgane der Universität, also der Universitätsprofessoren? Welche Funktion hat in diesem Zusammenhang überhaupt der Mittelbau an der Universität? Es ist klar, daß in der Regel ein junger Wissenschaftler nicht über soviel Erfahrung und breites Wissen verfügt, wie ein älterer. Es ist aber auch eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß ein jüngerer auf Spezialgebieten oft besser Bescheid weiß als der ältere. Ein Phänomen, das seinen Grund nicht nur in der individuellen Kapazität, sondern vor allem in der Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Wissenschaften hat. Nur wenige haben einen umfassenden Überblick über den Fachbereich, den sie vertreten. Die wissenschaftliche Qualifikation ist also nicht zwangsläufig aus der hierarchischen Stellung ablesbar. Damit wird auch sichtbar, daß eine Hierarchie im Fachlichen problematisch ist. Die Ordinariatsuniversität mußte nicht deshalb beseitigt werden, weil der böse Mittelbau Revolution gespielt hat, sondern weil die hierarchischen Strukturen die freie Entfaltung der Wissenschaft gehemmt haben. Wenn der Ordinarius allein bestimmt, was in seinem Bereich geschieht und für welche Vorhaben Mittel eingesetzt werden und alle ihm hierarchisch Unterge-

ordneten nur in seinem Sinne tätig werden dürfen, wird klarerweise die Entwicklung in einer so schnell sich verändernden Wissenschaftswelt, wie es die heutige ist, blockiert.

Denken Sie an das vergleichbare Beispiel eines älteren Kanzleileiters, der sich mit Händen und Füßen wehrt, PCs einzuführen, weil er weiß, daß die ihm unterstellten Schreibkräfte ihn sehr schnell überholen werden.

Das UOG hat in der Mitbestimmung die heute notwendige Voraussetzung für die Entfaltung der Wissenschaft und damit auch den Grund des hochschulpolitischen Engagements des Mittelbaus geschaffen.

Es wurden in letzter Zeit Stimmen laut, daß die Mitbestimmung das Funktionieren der Universität gefährde und man weist darauf hin, daß die Universität als Großbetrieb wie ein wirtschaftlicher Betrieb mit entsprechend strenger und effizienterer Organisation zu führen sei. Aber der wesentliche Unterschied zwischen einem wirtschaftlichen und einem wissenschaftlichen Betrieb, wie die Universität, ist der, daß beim wirtschaftlichen Betrieb das Produktionsziel immer vergeben ist, und somit die Mittel daraufhin rational eingesetzt werden können. Gerade die Auftragsforschung ist ein Beispiel dafür. In der Universität als Stätte der Wissenschaft hingegen wird das Ziel immer wieder neu gesucht und umschrieben. Die Wissenschaft an der Universität muß auch für Ergebnisse, die nicht ins wirtschaftliche oder politische System passen, offen bleiben. Deshalb widerspricht die Bindung der Mittel auf ein bestimmtes Ziel hin dem Wissen der Wissenschaft. Die Fruchtbarkeit der Wissenschaft und damit ihre Vielfalt und Flexibilität kommen von unten (oder wie Humboldtschöner gesagt hat: von innen) und können nicht von oben verordnet werden.

Es wird auch immer wieder von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, daß die gegenwärtige Form der Mitbestimmung zu einer Überbürokratisierung, zu Schwerfälligkeit und daher zur Ineffektivität führe. Oberflächlich gesehen mag es so scheinen. Manchmal ist es auch so. Organisationsformen kann man aber nicht anhand auftretender schlechter Beispiele allein beurteilen, denn dann läßt sich gegen jede Organisationsform etwas sagen. Wenn man dem Mittelbau manchmal vorwirft, seine Position zu Selbstversorgungszwecken zu gebrauchen, so ist das genauso ein Mißbrauch wie wenn es die Professoren tun. Keine

menschliche Erfahrung spricht dafür, daß in dieser Beziehung eine Gruppe besser wäre als die andere. Die Organisationsform muß nach den Möglichkeiten beurteilt werden die sie eröffnet. Nur die Mitbestimmung kann die flexible Entwicklung der Wissenschaften sichern. Nur sie kann zu jener von allen geforderten Gemeinschaft führen, in der ein Maximum an Motivation, wissenschaftlich zu arbeiten, entwickelt werden kann.

Die tatsächlich oft vorhandene Schwerfälligkeit und Überbürokratisierung ist etwas, das mit gutem Willen und demokratischer Einstellung überwunden werden kann. Die, die da schreien sind meist die, die obstruieren. Es ist ein Trugschluß, den fehlenden guten Willen der Mitbestimmung anzulasten. Und es wäre eine voreilige Entscheidung, die da und dort vorhandene Ineffektivität dadurch zu überwinden, daß man die Mitbestimmung zu Gunsten monokratischer Entscheidungsgewalt zu Gunsten eines "Führerprinzips" abschafft. Andererseits können sicher zur Entlastung von Kollegialorganen und zur Beschleunigung von Verfahren Formen der Aufgabenteilung zwischen den Kollegialorganen und seinen Vorsitzenden gefunden werden, die die Mitentscheidungsmöglichkeit nicht beeinträchtigen. Das jetzige Ausmaß der Mitbestimmung darf jedenfalls nicht gekürzt, sondern muß im Gegenteil vermehrt werden.

Demokratie, die sich in der Mitbestimmung verwirklicht, hat ihren Preis. Das wissen wir seit Tocqueville, oder seit Churchills bekanntem Ausspruch. Aber der Wert, der damit geschaffen wird, jeden Mitarbeiter mitentscheiden zu lassen, ihn nach seiner Fähigkeit zu beurteilen und ihn darin ernst zu nehmen, sollte uns den Preis tragbar erscheinen lassen. Die Effektivität wird sich dabei ebenfalls einstellen - zumal Effektivität auch zu hinterfragen wäre, wie ich schon beim Unterschied der Universität zum wirtschaftlichen Betrieb angedeutet habe. Sicher ist aber, daß Effektivität nicht die einseitige Verwirklichung von Interessen einzelner bedeuten kann. Ich setze gegen die ständige Nörgelei über die Überbürokratisierung durch die Mitbestimmung, den Glauben und die Überzeugung, daß Probleme nur gemeinsam gelöst werden können.

Ich möchte zum Abschluß aber noch einmal deutlich sagen, daß der Mittelbau jede Art von Rückschritt in der Mitbestimmung mit Vehemenz ablehnen wird, weil die Zukunft der Universität dabei auf dem Spiel steht. Und die Zukunft der Universität ist auch die Zukunft des Mittelbaus. Das ist nicht zuletzt ein Grund des hochschulpolitischen Engagements des Mittelbaus.

**RATIONALISIERUNG IM HOCHSCHULBEREICH
DURCH BTX-UNTERSTÜTZTE
ADMINISTRATION VON
MASSENLEHRVERANSTALTUNGEN**

Kurzfassung des Vortrags anlässlich der Verleihung des Hochschulpolitischen Preises 1988 der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals von

Hans Rudolf GÖPFRICH *)

1. Das WU-BTX-Auskunftssystem

Seit mehreren Jahren wird an der Wirtschaftsuniversität Wien an der Entwicklung eines BTX-unterstützten Informations- und Kommunikationssystems gearbeitet. Mit diesem "WU-BTX-Auskunftssystem" sollen einerseits die Dienstleistungen der Universität für Ihre Studenten verbessert bzw. ausgeweitet werden, andererseits können durch die Automatisierung von Routineverwaltungstätigkeiten erhebliche universitätsinterne Rationalisierungspotentiale realisiert werden. Das WU-BTX-Auskunftssystem ist ein Informations- und Serviceangebot der einzelnen Universitätseinrichtungen, das über den BTX-Dienst der Post rund um die Uhr und österreichweit verfügbar ist (vgl. Abb.1).

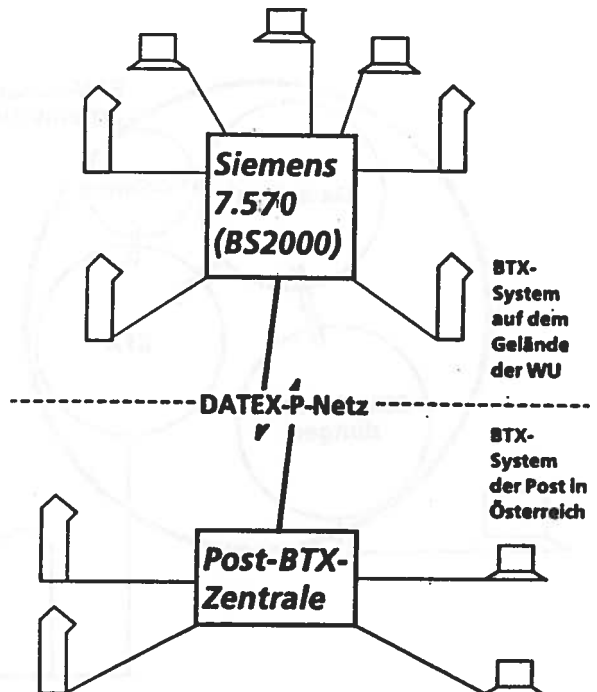


Abb. 1: Architektur des WU-BTX-Auskunftssystems

Die einzelnen Subanbieter (Institute, Abteilungen, sonstige Hochschuleinrichtungen) bieten Informationen über Lehr- und Forschungsaktivitäten (Lehrveranstaltungen, Forschungsprojekte), Mitarbeiter sowie sonstige vorwiegend für Studenten interessante Mitteilungen an (Schwarzes Brett). Wesentlich bedeutsamer sind allerdings die Nutzungsmöglichkeiten von BTX als Kommunikationsmedium durch die Einbindung von Dialogprogrammen (z.B. für die Anmeldung zu Lehrveranstaltungen oder für den Abruf von Prüfungsergebnissen). Besondere Bedeutung kommt BTX hierbei in zweierlei Hinsicht zu: Einerseits kann BTX als Datenerfassungsmedium eingesetzt werden, die über BTX erfaßten Daten können universitätsintern durch "konventionelle" EDV-Anwendungen weiterverarbeitet werden (Beispiel:

Weiterverarbeitung der über BTX erfaßten Anmeldedaten zu Anmelde Listen, automatisierte Zuteilung zu Parallelveranstaltungen, Verwaltung von Zwischen- und Teilergebnissen während des Semesters, Zeugnisdruck und Aufbau einer universitätsweiten Zeugnisevidenz am Semesterende). Andererseits kann BTX zum Abruf von bereits vorhandenen Datenbeständen eingesetzt werden (Beispiel: Abruf von Daten des Vorlesungsverzeichnisses, Abfrage von (nicht-sensiblen) Daten über Universitätsmitarbeiter usw.). Die Integration von BTX in ein universitätsweites Gesamtkonzept ist in Abb. 2 grafisch dargestellt.

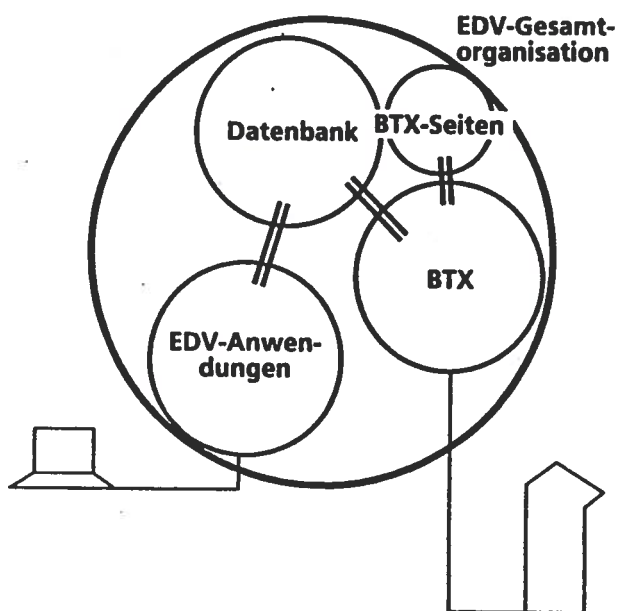


Abb. 2: Integration von BTX in ein langfristiges EDV-Gesamtkonzept

2. BTX-unterstützte Administration von Lehrveranstaltungen

Die bereits erwähnte Lehrveranstaltungsanmeldung über BTX hat im Wintersemester 1988/89 bereits ein Volumen von über 30.000 Anmeldungen zu 157 (Massen)Lehrveranstaltungen erreicht. Nur 17 % der Studenten, die das Anmeldesystem benutzt haben, waren Erstbenutzer, 83 % der Studierenden hatten das Anmeldeprogramm zuvor bereits mindestens einmal benutzt. Bei dieser Form der Anmeldung hat der Student die Möglichkeit, seine Lehrveranstaltungsanmeldung entweder über eines der 17 am WU-Gelände aufgestellten BTX-Terminals oder über ein BTX-Endgerät außerhalb der WU (z.B. auf Bahnhöfen, Postämtern, bei gewerblichen oder privaten BTX-Teilnehmern) durchzuführen. Dabei muß er sich mit seiner Matrikelnummer, seinem Namen und einem (beim ersten Mal selbstgewählten) BTX-Kennwort identifizieren und die gewünschten Lehrveranstaltungsnummern (Inskriptionsnummern) eingeben. Bei Parallelveranstaltungen ist weiters die Eingabe von bis zu vier Präferenzen vorgesehen. Diese "Datenerfassung im Datenentstehungsort" entlastet die Universitätsinstitute und -abteilungen zu nächst unmittelbar, angesichts der bevorstehenden Abschaffung der Nummerninskription ist diese Form der Anmeldung derzeit auch die einzige Möglichkeit, zu elektronisch weiterverarbeitbaren Teilnehmerlisten zu gelangen. Wesentlich bedeutsamer noch ist aber die mittelbare Entlastung, indem z.B. aus den Anmeldedatenbeständen aufgrund der Präferenzen automatisch eine Aufteilung der angemeldeten Studenten auf parallele Lehrveranstaltungen durchgeführt werden kann. Administrationsvorgänge, die zuvor mehrere Personen oft mehr als eine Woche beschäftigt hatten, können damit heute binnen weniger Minuten durch ein Computerprogramm durchgeführt werden, die Ergebnisse können anschließend wiederum über ein BTX-Dialogprogramm (automatisch) zugänglich gemacht werden. Die durch die Anmeldung entstehenden Datenbestände können verwendet werden, um Prüfungshefte und -belege bereits mit Namen und Matrikelnummern vorzubeschriften, über ein Dialogprogramm Noten einzugeben, automatisch Zeugnisse, Ergebnislisten, institutsinterne Statistiken und Auswertungen zu drucken usw.

Ebenso entlastend für die Universitätseinrichtungen wirkt das Angebot bereits vorhandener Datenbestände (soweit sie für die Öffentlichkeit bestimmt sind) über eine BTX-Schnittstelle. Beispielsweise können die wichtigsten Lehrveranstaltungsdaten, die bereits ein Jahr vor ihrer "BTX-Relevanz" in elektronischer Form am Rechner existieren, über ein BTX-Dialogprogramm abrufbar gemacht werden. Damit entfällt eine nochmalige Datenerfassung von Lehrveranstaltungsnummern und -titeln, Vortragenden usw. auf BTX-Seiten und es wird eine "programmgesteuerte" Aktualisierung des BTX-Angebots der WU er-

reicht. Gleiches gilt für Mitarbeiterdaten (Name, akademischer Titel, Telefonnummer, Zimmernummer, Aktivitäten in Forschung, Lehre, Verwaltung usw.). Die Schaffung solcher BTX-Schnittstellen für bereits existierende Datenbestände ist daher heute ein vorrangiges Ziel der Systementwickler.

Das beschriebene Konzept ist auf dem WU-Siemens-Zentralrechner als BTX-inhouse-System realisiert und ist damit im Betrieb unabhängig vom BTX-Dienst der österreichischen Post. Auch bedingt das Konzept nicht notwendigerweise, daß BTX als Trägermedium verwendet wird. Ebenso könnte diese Form der Anmeldung über ein lokales PC-Netz oder über konventionelle unintelligente Terminals durchgeführt werden. Attraktiv erscheint allerdings der bequeme Zugang zum System "von außen": Bereits ca. 10 % der Anmeldungen wurden über den Externen Rechner, also von außerhalb der WU, durchgeführt.

3. Zukunftsaspekte

Eine Weiterentwicklung des derzeit vorhandenen Systems ist in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht denkbar:

In quantitativer Hinsicht kann das System um zusätzliche Funktionen bzw. Anwendungen erweitert werden. So könnten etwa freie, in Arbeit befindliche und abgeschlossene Diplomarbeitsthemen über BTX abrufbar gemacht werden. Ein BTX-Mailbox-System (Mitteilungsdienst) würde Studenten zur Kommunikation untereinander oder mit Instituten, individuell oder innerhalb geschlossener Benutzergruppen (z.B. Seminargruppen) dienen. Die vom Zentrum für Berufsplanung verwalteten Stellenangebote könnten über eine BTX-Schnittstelle für WU-Absolventen zugänglich gemacht werden, im Idealfall könnten Stellenangebote von Firmen sogar direkt eingegeben und über BTX an den WU-Rechner geschickt werden. Die bibliographischen Daten der Buchbestände der Universitätsbibliothek könnten über BTX abfragbar gemacht werden, wodurch man dem Studenten die Möglichkeit von Literaturrecherchen über BTX einräumen würde. Weiters wären Anwendungen unmittelbar im Bereich der Lehre denkbar: BTX-Selbststudienkurse (computerunterstützter Unterricht), BTX-Unternehmensplanungs- und Bearbeitung von alten Multiple Choice-Musterklausuren über eine BTX-Schnittstelle, BTX-Wirtschaftslexika usw.

In qualitativer Hinsicht würde etwa die Einführung von Studentenmagnetkarten (mit Matrikelnummer und Name als Identifikationsdaten) eine erhebliche Verbesserung und Beschleunigung des Anmeldevorgangs bringen und die zahlreichen derzeit bestehenden Probleme bei der Systembenutzung auf ein Minimum reduzieren. Eine solche Magnetkarte hätte damit ähnliche Funktionen wie eine Bankomatkarte. In weiterer Folge wären Studentenchipkarten denkbar, auf denen die gesamten Studiendaten in elektronischer Form geführt

werden könnten und die die Funktionen des Studienausweises und des Studienbuchs übernehmen würden.

Derzeit scheitern diese Verbesserungs- bzw. Erweiterungsvorschläge an mangelnden Rechner- und vor allem Personalkapazitäten. Da für die Systementwicklung nur 3 1/2 Mitarbeiterstellen zur Verfügung stehen und zudem diese Mitarbeiter "nebenbei" das gesamte System auch noch betreiben müssen (systemtechnische und organisatorische Betreuung von Betrieb und Wartung des Systems, Betreuung der Informationsanbieter und der Studenten, Dokumentation, Schulung), müssen Prioritäten bei Entwicklung und Betrieb gesetzt werden. Daß sich gerade an einer Massenuniversität die Entwicklungsaktivitäten auf jene Anwendungen konzentrieren, in denen die größten Rationalisierungspotentiale vermutet werden (Lehrveranstaltungsanmeldungen und integrierte Weiterverarbeitung der Daten bis zum Zeugnis und zur universitätsweiten Zeugnisevidenz), liegt nahe. Bis Ende 1989 sollen die für die WU wesentlichsten Komponenten fertiggestellt sein, das System wird dann von der BTX-Entwicklungsgruppe der Abteilung Wirtschaftsinformatik an die ADV-Abteilung der Universitätsdirektion "übergeben".

Bereits heute ist das System aus dem Universitätsalltag nicht mehr wegzudenken. Institute mit über 3000 Lehrveranstaltungsanmeldungen pro Semester wissen allein schon die administrativen Einsparungen unmittelbar bei der Anmeldung zu schätzen, ganz zu schweigen von der automatisierten Zuteilung der Hörer zu über 60 parallelen Proseminaren. Das BTX-System und die damit gekoppelten "konventionellen" EDV-Anwendungen haben somit bereits heute ihren Stellenwert in der Universitätsadministration erobert. Damit konnte ein nicht unbedeutender Schritt in die Bewältigung der administrativen Probleme der Massenuniversität getan werden.

*) Mag. Dr. Hans Rudolf GÖPFRICH ist Universitätsassistent am Institut für Informationsverarbeitung und Informationswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE
FAKULTÄTEN ALS ANBIETER VON
WEITERBILDUNGSVERANSTALTUNGEN
FÜR FÜHRUNGSKRÄFTE

Kurzfassung des Vortrages anlässlich der
Verleihung des Hochschulpolitischen Preises 1988
der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und
künstlerischen Personals

Karl SANDNER *)

1. Problemstellung

Im Bereich der Lehre widmen sich deutschsprachige wirtschaftswissenschaftliche Universitäten und Hochschulen traditionellerweise der Ausbildung solcher Studenten, die entweder keine oder nur eine geringe einschlägige berufliche Erfahrung aufweisen. Ein Lehrangebot für Studienwillige mit mehrjähriger qualifizierter Berufserfahrung ist in der Regel nicht vorgesehen. Die bildungspolitische Angemessenheit einer solchen Situation ist in Frage zu stellen. Soll sich in der Lehre der Adressatenkreis von Wirtschaftsuniversitäten auch weiterhin auf einschlägige mehr oder weniger unwissende 19 - 24jährige beschränken, oder soll das an Universitäten produzierte Wissen systematisch auch denen zustatten kommen, die es in ihrer beruflichen Praxis dringend benötigen und auch unmittelbar anwenden könnten?

Die derzeitige Situation ist damit folgendermaßen darzustellen:

- 1) es existiert ein gesellschaftlicher Bedarf an universitären Weiterbildungsveranstaltungen;
- 2) die Universitäten verfügen über das nachgefragte Produkt. Die Produktion und Vermittlung von neuestem Wissen ist Teil der Primäraufgabe von Universitäten;
- 3) die Universitäten haben einen gesetzlich festgelegten Weiterbildungsauftrag (UOG§ 1 Abs. 3);
- 4) und dennoch finden sich (von wenigen Einzelfällen abgesehen) keine institutionalisierten Weiterbildungsaktivitäten, ja mitunter nicht einmal konzeptionelle Überlegungen dazu.

Offensichtlich ist das Marktmodell von Angebot und Nachfrage, das im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Theorie eine zentrale Stellung einnimmt, auf wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten selbst und deren Beziehungen zu ihren Klienten nicht anwendbar (Weik, 1976). Auch das Gegenmodell der obrigkeitlichen Zuständigkeit und Lenkung bietet keine ausreichende Erklärung an.

2. Internationaler Trend

Spielten bislang beim Angebot von Executive Programs durch US-Universitäten ökonomische Überlegungen eine eher untergeordnete Rolle, so hat sich in den letzten Jahren ein Trend

verstärkt, der sich in seinen Anfängen bereits Ende der siebziger Jahre andeutete: Einige Business Schools, an der Spitze Kellogg (Northwestern University) und Wharton (University of Pennsylvania) begannen, "business" bei sich selbst anzuwenden. Auch wenn es vorerst nur verschämt zugegeben wird - Executive Programs dienen nun u.a. der Erzielung von Gewinnen. Erfüllten diese Universitäten bisher mit ihren Executive Programs primär einen gesellschaftlichen Bedarf, so stehen jetzt eigene Interessen an erster Stelle. Damit kommt es zu einer grundsätzlichen strategischen Umdefinition eines Tätigkeitsbereiches von Business Schools: Wurde bisher eher reaktiv eine bestehende bzw. wachsende Nachfrage befriedigt, so beginnt man jetzt aktiv und zum Teil aggressiv (soweit dies noch mit dem Ruf der Universität vereinbar scheint) im Weiterbildungs-Markt zu agieren.

3. Problembereiche

Österreichische wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten sehen sich bei der Einrichtung bzw. Durchführung von Weiterbildungsprogrammen drei Problembereichen gegenüber:

- gesellschaftspolitisch: Nach welchen Kriterien rekrutiert sich die Zielgruppe?; wie werden die inhaltlichen Schwerpunkte gebildet und womit werden sie begründet?; welcher Legitimationsprozeß bedarf es, wenn mit Kostenbeteiligung der Allgemeinheit eine kleine Gruppe Privilegierter mit zusätzlichem neuem und elitärem strategisch-instrumentellem Wissen ausgestattet werden soll?
- organisatorisch-administrativ: Den Universitäten werden mit Weiterbildungsveranstaltungen für ihren unmittelbaren Aufgabenbereich "nicht nur Mittel, sondern vor allem kreatives Potential" entzogen; welchen Stellenwert sollen Studiengebühren haben?, welche Kosten sollen abgedeckt werden, oder soll universitäre Weiterbildung - nach dem US-Vorbild - gar ein "Geschäft" werden und Gewinne abwerfen?; nach welchen Verfahren sollen die eingesetzten Universitätslehrer kompensiert werden?; welche "mikropolitischen" Probleme sind zu erwarten?
- didaktisch: welche didaktischen Überlegungen sind angesichts der Tatsache, daß es sich um berufserfahrene Erwachsene handeln wird, anzustellen?; sollen die Weiterzubildenden oder ihre Interessenvertreter in den Organisationsprozeß (z.B. Inhalte und Didaktik betreffend) miteinbezogen werden, und wenn ja, wie intensiv?

4. Ein Interessen(ten) - Ansatz

Auf der Basis des Freeman'schen stakeholder-Ansatzes (Freeman, 1984) lassen sich die Interessen(ten) universitärer Weiterbildungsprogramme identifizieren. Ein Ansatz, der die Beteiligten und ihre Interessen in den Mittelpunkt stellt, verändert den Betrachtungswinkel: Er verlagert sich weg von der unmittelbaren Sachaufgabe und hin zu den Interessen möglicher Beteiligter, welche die Durchsetzung von Weiterbildungspro-



grammen fördern oder hindern können. Wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten sind hier keine sog. "neutralen" Einrichtungen mehr, die eine gesellschaftliche Funktion erfüllen, sondern sie werden zu Beteiligten. Sie werden zu Parteien in einem Aushandlungsprozeß, ja sie werden zu "politischen" Akteuren. Sie verfolgen auch eigene Interessen, in deren Konsequenz andere zu Betroffenen werden. Vor allem drei Gruppen von Interessenten sind hier mit ihren für den vorliegenden Zusammenhang wesentlichsten Interessen anzuführen:

Universitäres System:

- Universität: manche Universitäten erwarten auf Grund des "Pillenklicks" rückläufige Studentenzahlen und suchen daher nach neuen Produkt-Markt-Kombinationen; Möglichkeit der regelmäßigen Erzielung zusätzlicher Einkünfte; Förderung der Reputation; Zugang zu ev. Förderern; Ressourcen werden von der Primäraufgabe abgezogen; u.U. zunehmende Einseitigkeit in der Lehre; Autonomieprobleme gegenüber dem zuständigen Ministerium;
- Universitätslehrer: Möglichkeit des Zusatzverdienstes insbes. auch durch ev. nachfolgende Beratungsaufträge; Zugang zu den neuesten Tendenzen, Problemen und Problemlösungen der Praxis; Zugang zu Forschungsfeldern; angebotene Inhalte und Didaktik halten u.U. den Ansprüchen erfahrener Manager nicht stand; mikropolitische Konkurrenzängste;
- Leiter bereits bestehender "Lehrgänge" und "Kurse": hoffen ihre Positionen, Kompetenzen und Tätigkeitsbereiche ausweiten zu können; fürchten "geschluckt" zu werden;
- Studierende: praxisnähere Ausbildung durch Lehrkörper, der gezwungen ist, sich vor Managern zu bewähren; erfolgreiche Weiterbildungsprogramme können die Unternehmen bzw. die Teilnehmer veranlassen, von der veranstaltenden Universität verstärkt Absolventen zu rekrutieren; der "normale" Studienbetrieb könnte (noch mehr) zur lästigen Pflicht der Universitätslehrer werden.

Ökonomisches System

- Unternehmen: die Bewältigung bestehender und künftiger Aufgaben wird erleichtert;
- Teilnehmer: erhalten (im Idealfall) neuestes Wissen, erhöhen ihre Karrierechancen und ihren Marktwert;
- Konkurrenten: verstärkter Wettbewerb um oberste Zielgruppen; ausländische deutschsprachige wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten haben z.T. schon Weiterbildungsprogramme oder Ansätze dazu etabliert.

(Partei)Politisches System:

- Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: ist mit seinen Ordnungsvorstellungen als Ausdruck der jeweils herrschenden politischen Verhältnisse zu sehen; die Ministerialbürokratie hat Tendenz, Kontrolle nicht oder nur teilweise abgeben

zu wollen;

- polit. Parteien: fördern bzw. verhindern Aktivitäten je nach (Nicht)Übereinstimmung mit ihren politischen Vorstellungen;
- Interessenvertretungen: sind grundsätzlich an der Weiterbildung von Managern interessiert; sie unterhalten jedoch eigene, z.T. hoch subventionierte Weiterbildungsprogramme - diese würden für die obersten Zielgruppen u.U. erhebliche Konkurrenz erhalten.

5. Durchsetzung

Eine interaktive Handlungsstrategie legt nahe, Aktivitäten im Innovationsbereich und im Durchsetzungsbereich zu setzen. Greift man auf das Promotorenmodell von Witte (1973) zurück, so dürfte die Programmentwicklung als Innovationsaufgabe das geringere Problem darstellen. Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten sollte es nicht schwer fallen, konzeptionelle Leistungen für die Programmerstellung und -strukturierung zu erbringen. Was fehlt, ist ein sog. Machtpromotor. Und dies sowohl für den universitätsinternen als auch für den universitätsexternen Bereich. Nun sind aber Machtpromotoren keine zufälligen Erscheinungen, sondern kommen in der Regel direkt oder indirekt aus dem Kreis der Interessenten. Gerade in jenen Situationen, die durch einen niedrigen Grad an Strukturiertheit gekennzeichnet sind, haben durch einen entsprechend starken Machtpromotor abgesicherte Planungsleistungen eine erhöhte Chance, realitätswirksam zu werden.

*) Mag. Dr. Karl SANDNER ist Universitätsassistent am Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsführung an der Wirtschaftsuniversität Wien

KURZNACHRICHTEN

UOG-NOVELLE MEDIZIN

SEIT 1.1.1989 IN KRAFT

Helmut WURM *)

Mit der Beschlußfassung des Nationalrats über eine weitere Novellierung des Universitätsorganisationsgesetzes (UOG) am 13. Dezember 1988, ist der vorläufige Abschluß einer mehrere Jahre dauernden Diskussion über die Neuordnung der Struktur des klinischen Bereichs der Medizinischen Fakultät erreicht worden.

Die neuen Bestimmungen sind am 30. Dezember 1988 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und mit 1. Jänner 1989 in Kraft getreten.

Die wesentlichen Inhalte der neugestalteten Sonderbestimmungen des UOG für den Klinischen Bereich der Medizinischen Fakultät sind:

- Definition von Universitätskliniken und Klinischen Instituten als Institute Medizinischer Fakultäten in denen im Rahmen einer Krankenanstalt ärztliche Leistungen unmittelbar am bzw. mittelbar für den Menschen erbracht werden.
- Möglichkeit der Gliederung von Universitätskliniken und Klinischen Instituten in Klinische Abteilungen, wobei dem Leiter einer Klinischen Abteilung die (End-)Verantwortung für die zu erfüllenden ärztlichen Aufgaben der Klinischen Abteilung zukommt.
Für die Funktion des Leiters einer Klinischen Abteilung kommen Ordentliche oder Außerordentliche Universitätsprofessoren in Frage, letztere jedoch nur dann, wenn der Ernennungsvorschlag analog dem in einem Berufungsverfahren (d.h. in der Regel als Terna-vorschlag) erstattet wurde.
- Wahl des Klinik(Instituts)vorstands von in Klinische Abteilungen gegliederten Universitätskliniken und Klinischen Instituten aus dem Kreis der Leiter der Klinischen Abteilungen für eine Funktionsperiode von fünf Jahren. Eine Wiederwahl ist zulässig, wobei ab der zweiten Wiederwahl jedoch eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Die Wahl bedarf in allen Fällen der Bestätigung durch den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.
- Neuregelungen über die Leitungsverantwortlichkeit von Klinik(Instituts)vorstand, Leitern von Klinischen Abteilungen und Klinik(Instituts)konferenz
- Möglichkeit der Zusammenfassung von zwei oder mehreren Kliniken oder Instituten des Klinischen Bereichs zu Fachbereichen mit

den Organen Fachbereichsvorsitzender und Fachbereichskonferenz zwecks Koordinierung der ärztlichen Weiter- und Fortbildung und Sicherstellung des Unterrichts- und Prüfungsbetriebs.

- Möglichkeit zur Errichtung von Gemeinsamen Einrichtungen an Universitätskliniken und Instituten Medizinischer Fakultäten zur Erfüllung medizinischer Forschungs- und Lehr-aufgaben und/oder ärztlicher Aufgaben.
- Möglichkeit zur Verleihung der Bezeichnung "Lehrkrankenhaus" für nichtuniversitäre Kranken-anstalten, die ständig in den studentischen praktisch-medizinischen Unterricht eingebunden sind.
- Regelung über die Vorlage und Evaluierung von Arbeitsberichten der Kliniken und Institute Medizinischer Fakultäten.
- Übergangsbestimmungen betreffend die bis-herigen und zukünftigen Leitungsfunktionen von Ordentlichen und Außerordentlichen Universitätsprofessoren für den Fall der Neueinrichtung von Kliniken, Klinischen Insti-tuten und Klinischen Abteilungen.

Den durch die mit dieser UOG-Novelle geän-derten Bestimmungen über die ärztliche Verant-wortlichkeit für die Belange einer Klinischen Abteilung wurde durch eine gleichzeitige Ände-rung des Krankenanstaltengesetzes Rechnung getragen.

*) Univ.-Doz.Dr. Helmut WURM ist Vorsitzender der Medizin-Kommission der Bundeskonferenz

EG-PROGRAMM S C I E N C E

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat uns eine erste aktuelle Informa-tion über dieses EG-Programm zur Verfügung gestellt. Bei Vorliegen weiterer Informationen werden wir im BUKO-Info berichten.

Ab 1. Juli 1989 wird Österreich am EG-Pro-gramm SCIENCE teilnehmen, das vorerst bis einschließlich 1992 laufen wird. Dieses Pro-gramm ist ein Plan zur Stimulierung der inter-nationalen Zusammenarbeit und des wissen-schaftlichen Austausches, der für die europä-ischen Forscher notwendig ist. Die im Rahmen dieses Programmes vorgesehenen Förderungsmaß-nahmen betreffen alle Bereiche der exakten,

der Naturwissenschaften sowie der technischen Wissenschaften.

Die Ziele von SCIENCE bestehen in der Förderung der Ausbildung durch Forschungsarbeiten auf hohem Niveau, die Verbesserung der Mobilität der Wissenschaftler innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und der am Programm beteiligten Drittländer sowie die Entwicklung und Förderung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit in Europa.

Die Förderungsinstrumente dieses Programmes beinhalten Forschungsstipendien, Forschungsbefreiungen, Zuschüsse für Kurse auf hohem Niveau (postgraduale Ausbildung), Verträge über Partnerschaften zwischen Laboratorien sowie Verträge für gemeinsame Entwicklungsprojekte. Dieses Programm wird wie alle einschlägigen Programme der Europäischen Gemeinschaft aus einem gemeinsamen EG-Budget bezahlt und österreichische Wissenschaftler, vor allem Nachwuchskräfte, können auf der Basis qualifi-

zierter Anträge nach positiver Begutachtung durch die zuständigen Gremien der Europäischen Gemeinschaft an den Instrumenten und Förderungsmöglichkeiten von SCIENCE teilhaben.

Mit der Teilnahme an SCIENCE ist die Erwartung verbunden, daß sich Nachwuchswissenschaftler an den österreichischen Universitäten in den auch wirtschaftlich wichtigen Disziplinen im Bereich der Naturwissenschaften und der technischen Wissenschaften in der Forschung besser qualifizieren und vermehrt internationale Erfahrungen sammeln können.

Informationen und Unterlagen für Bewerbung und Antragstellung werden ab Mitte Februar 1989 an den vorhandenen Außeninstituten sowie in den Dekanaten der naturwissenschaftlichen Fakultäten bzw. technischen Universitäten aufliegen.

B E M E R K U N G E N

§ 185(1) Z.2 BDG sieht für Universitäts(Hochschul)assistenten den Amtstitel "Assistenzprofessor" vor.

Dieser Titel wurde schon mit verschiedensten Abkürzungen versehen, u.a. auch mit "Asspro". Für diese Variante empfiehlt sich der Zusatz: "Über mögliche (un)erwünschte (Neben)Wirkungen informiert Sie Institutsvorstand, Personalvertretung oder der Betroffene ..."

N E U E S T E M E L D U N G

Ergänzung der Telefonnummer der BUKO :

533 95 26 - 0

535 34 38 - 0

G A S T K O M M E N T A R

Anneliese ROHRER

Seit Jahren weisen alle Meinungsumfragen Hochschullehrern die ersten Ränge im sogenannten "Sozialprestige" zu und verweisen Journalisten auf die allerletzten Plätze - kaum vor den Prostituierten. Die Bevölkerung sieht das offenbar so und die an den Universitäten Lehrenden wissen das.

Daraus ergibt sich das ambivalente Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und jener Gruppe, die für sie notwendig ist, um die Öffentlichkeit zu erreichen oder Öffentlichkeit zu bekommen. Wissenschaftler sind also von jenen Journalisten abhängig, die Resultate ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit vermitteln wollen oder sollen, die von ihnen aber gleichzeitig auch gering geschätzt und /oder verachtet werden. Wissenschaftler würden das nie in dieser Form zugeben. Dennoch hat diese zwiespältige Beziehung oft geradezu fatale Konsequenzen, die bewußt gemacht werden sollten.

Denn das verkrampte Verhältnis Wissenschaft-Publizistik erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß ein Hochschullehrer, der mit seinen Arbeiten einen größeren Kreis erreichen möchte, bei seinen ersten Kontakten mit den "Mittelsmännern" oder "Mittelsfrauen" ungünstige Erfahrungen sammelt. Es gelingt nämlich nur ganz wenigen Journalisten, Wissenschaftler mit ihren Berichten zufriedenzustellen. In den meisten Fällen herrscht auf Seiten der Gelehrten blankes Entsetzen über das Ergebnis ihrer Kontakte. Verzerrte, entstellte, falsche Artikel - meinen sie. Die Folge ist eine noch stärkere Verkrampfung.

Dabei übersehen die meisten Forscher naturgemäß ihren eigenen Schuldanteil. Publizistische Arbeit hat andere Gesetze und Notwendigkeiten als wissenschaftliche. Verständlichkeit ist das oberste Gebot. Nicht wenige Wissenschaftler aber fallen der Versuchung anheim, Unverständlichkeit mit akademischer Qualität und wissenschaftlicher Güte zu verwechseln. Noch mehr sind jedoch von einer durchaus auch unbewußten Angst vor der Oberflächlichkeit und damit vor einem zu erwartenden negativen Urteil der Fachkollegen befallen. Daß Verständlichkeit nicht mit Oberflächlichkeit gleichzusetzen ist, glauben die wenigsten. Schließlich spielt die akademische Neidgenossenschaft in dieser komplizierten "Beziehungskiste" zwischen Wissenschaftlern und Publizisten eine erhebliche Rolle. Die Spannung ist mit großer Wahrscheinlichkeit nicht aufzulösen.

Nehmen wir den Fall eines Philosophen - und bewußt nicht die Fälle von Naturwissenschaftlern her, die im Zuge der Umweltschutzwelle sonder Zahl auf die Clubsessel diverser TV-Diskussionsrunden geworfen werden: Besagter Philosoph also möchte seine Erkenntnisse einer breiteren Öffentlichkeit nahebringen, plant ein Buch und entdeckt sein Talent zu populärverständlicher Darstellung. Das Buch wird ein Erfolg, besagter Philosoph ein gesuchter Interviewpartner.

Nun eröffnen sich zwei Möglichkeiten. Hat er nicht nur Talent zu verständlicher Aufbereitung seiner Fragestellungen, sondern zeigt sich auch noch als telegen und mediengerecht im Auftreten, avanciert er zu einem Bekanntheitsgrad, den die meisten seiner Fachkollegen mit Argwohn und Neid zur Kenntnis nehmen müssen. Binnen kürzester Zeit wird - und dies fällt hochgebildeten Menschen oft erstaunlich leicht - seinem wissenschaftlichen Werk die Qualität aberkannt, obwohl dies von der Sache her nicht gerechtfertigt ist.

Die zweite mögliche Entwicklung ist für den Betroffenen nicht minder unangenehm. Erweist sich nämlich seine Unfähigkeit zu öffentlichem Auftreten, ist er nicht minder von der abwertenden Reaktion seiner Fachkollegen, deren Urteil ihm in seinem ureigensten Bereich außerordentlich wichtig ist, betroffen.

Diese Gefahr gibt es für Gelehrte auf der ganzen Welt. In Österreich aber können sie aus Mangel an Training und Aufgeschlossenheit schlecht damit umgehen. Die gängigste Reaktion: Unberechtigt große Angst vor Publicity.
